

Die deutsche Militärbeteiligung am Kampf gegen den »Islamischen Staat« (IS)

Warum die deutschen Mandate den künftigen Erfordernissen nur bedingt genügen

Rayk Hähnlein

Seit gut zwei Jahren unterstützt die Bundeswehr die Peshmergakämpfer im Nordirak im Rahmen eines Bundestagsmandats mit Ausbildung und Ausrüstung. Seit einem Jahr beteiligt sie sich auf Grundlage eines zweiten Mandates mit einem Einsatzgeschwader auch aktiv an Operationen gegen den »Islamischen Staat« (IS) in Syrien und im Irak. Die am 10. November 2016 erfolgte Verlängerung und Erweiterung des zweiten Mandats fällt ebenso wie die im Januar 2017 anstehende Verlängerung des ersten Mandats in eine Phase großer politischer Dynamik in einer ohnehin komplexen Konfliktregion. Insofern ist das Engagement der Bundeswehr militärisch zwar weitgehend risikolos, politisch aber keineswegs. Um der Sicherheit und Stabilität in der Region auch weiterhin dienen zu können, müssen beide Mandate auf den Prüfstand.

Die schwierige Situation bei den Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Aleppo macht deutlich, wie weit Syrien von einer Konfliktlösung entfernt ist. Derzeit ist völlig offen, wie die unterschiedlichen Interessen der internationalen Akteure, der vielfältigen sunnitischen Rebellengruppen, der Kurden Nordsyriens, des Assad-Regimes und der ihm getreuen Milizen ausgeglichen werden können, um einen gewaltlosen Transformationsprozess zu ermöglichen.

Nur in einem Punkt sind sich die Akteure weitgehend einig: Der IS stellt eine signifikante Bedrohung der regionalen und internationalen Sicherheit dar und muss als Treiber ausgeschaltet werden. Und tatsächlich gerät der IS zunehmend unter

Druck. Seitdem die US-geführte internationale Allianz ihre Luftangriffe im Rahmen der Operation Inherent Resolve (IR) gestartet hat, hat der IS über 25 Prozent des von ihm kontrollierten Gebietes in Syrien verloren. Kurdische Milizen haben Anfang November 2016 Offensiven gegen Rakka angekündigt.

Gleichzeitig unternimmt die ebenfalls von den Vereinten Nationen (VN) geächtete jihadistische al-Nusra-Front eine Imageoffensive, distanziert sich öffentlichkeitswirksam von al-Qaida, ohne sich inhaltlich loszusagen, und verbessert ihre Machtposition im Bürgerkrieg mit dem Ziel, sich bei der Neugestaltung eines »Nach-IS«-Syriens unverzichtbar zu machen.

Im **Irak** rücken irakisches Militär, kurdische Peshmerga und schiitische »Volksmobilisierungsmilizen« seit dem 17. Oktober 2016 auf Mossul vor, die letzte IS-Hochburg im Land – vorbereitet und unterstützt durch IR-Luftschläge und begleitet von US-amerikanischen Beraterteams. Diese gemeinsame Anstrengung kann jedoch nur mühsam die Spannungen zwischen den beteiligten Regionalakteuren überdecken.

Im Kontext dieser beiden sehr unterschiedlichen Konflikte, in denen der Kampf gegen den IS im Vordergrund steht, finden die Verlängerungen der beiden deutschen Anti-IS-Mandate statt. Doch wird mit den Mandatsverlängerungen noch die richtige Antwort gegeben?

Zugkräfte

Unter dem Eindruck der IS-Massaker an jesidischen Irakern in der Stadt Sindschar und im gleichnamigen Gebirge im Sommer 2014 beschloss die Bundesregierung Ende August 2014 zunächst, die Sicherheitskräfte der Region Kurdistan-Irak auszurüsten; mit dem Bundestagsmandat vom 29. Januar 2015 folgte eine militärische Mission zur Ausbildungsunterstützung dieser Kräfte. Nach den Anschlägen von Paris am 13. November 2015 hat der Deutsche Bundestag im Dezember 2015 in einem zweiten Mandat zusätzlich den aktiven Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Rahmen des Einsatzgeschwaders »Counter Daesh« und die Entsendung einer Fregatte beschlossen. Die französische Bitte um ein stärkeres Engagement und die Berufung auf Artikel 42 des Vertrags über die Europäische Union gaben hierfür den Anstoß.

Der deutsche Kräfteanteil

Ausbildung und Ausrüstung (Erbil)

Bis zu 150 deutsche Soldaten sind im Osten Erbils für das Training kurdischer Kämpfer eingesetzt. Gemeinsam mit italienischen Soldaten steuern und koordinieren die Deutschen die Ausbildung der Peshmerga,

an der insgesamt sieben europäische Partner beteiligt sind. Ziel ist der nachhaltige Fähigkeitsaufbau der Sicherheitskräfte Kurdistan-Iraks. Während der Ausbildungsschwerpunkt im Jahr 2015 noch in der Vermittlung infanteristischen Basiswissens lag, wurde er 2016 auf die Spezialisten- und Führerausbildung ausgeweitet.

Mit dem »German Village« haben die Deutschen im Trainingscamp Bnaslawa ein zwischenzeitlich vom IS besetztes Dorf detailgetreu nachbauen lassen, um an dieser Ausbildungsstätte den Kampf in regionaltypisch bebautem Gelände trainieren zu können. Neben der Ausbildung ist die Ausrüstungsunterstützung ein zweiter Bestandteil der deutschen militärischen Ertüchtigungsinitiative. Das Spektrum der Ausrüstungsgüter reicht von Minensuchgeräten und Fahrzeugen bis hin zu Sturmgewehren und Panzerabwehrwaffen. Zwischen August 2014 und Oktober 2016 wurden etwa 24 000 Sturmgewehre, 1200 Panzerabwehrwaffen MILAN, 20 geschützte DINGO-Fahrzeuge und 20 000 Handgranaten nach Erbil geschickt.

Einsatzgeschwader »Counter Daesh«

Die sechs im türkischen Incirlik stationierten deutschen Tornados sind in der Aufklärungsversion RECCE ausgerüstet. Mit dem erst seit 2009 in der Luftwaffe verfügbaren digitalen Aufklärungssystem »RecceLite« sind sie in der Lage, hochaufgelöste Bilder aus geringen und mittleren Höhen aufzunehmen, die in der Bodenstation, der Ground Exploitation Station (GES), ausgewertet werden. Die Tornados, die Infrarot- und optische Sensoren nutzen, können auch nachts operieren. Ihre Link-16-Befähigung ermöglicht die Kommunikation mit anderen Koalitionseinheiten im Operationsgebiet.

Mit dem Tankflugzeug Airbus A330 Multi Role Tanker Transport (MRTT) stellt die Bundeswehr eine für Luftoperationen unverzichtbare, aber insgesamt knappe Ressource zur Verfügung. Die Luftwaffe verfügt nur über vier Airbus A330, die als Tankflugzeuge genutzt werden können.

Mit der erneuten Eingliederung der Fregatte »Augsburg« in den Schutzverband des französischen Flugzeugträgers »Charles de Gaulle« wird ein Beitrag zum Schutz des Trägers und damit auch zum Einsatz der Rafale-Kampfflugzeuge an Bord geleistet. Die »Charles de Gaulle« befindet sich seit September 2016 zum wiederholten Mal im Operationsgebiet.

Neben den Soldaten in Erbil und Incirlik ist die Bundeswehr mit Verbindungsoffizieren im Luftwaffenhauptquartier der Koalition (CAOC) in Al Udeid (Katar), im IR-Hauptquartier Camp Arifjan (Katar), im Zentralkommando der USA für den Nahen und Mittleren Osten (CENTCOM) in Tampa (USA) und beim Landkommando der Koalition (CJFLCC) in Bagdad vertreten.

Nutzen des deutschen Beitrags

Ausbildung und Ausrüstung (Erbil)

Auch wenn Arithmetik alleine wenig aussagt, hilft ein Blick auf die Zahlen. Bis Mitte Oktober 2016 sind etwa 11 000 Peshmerga in Erbil ausgebildet worden, hiervon circa 2000 von Deutschland. In den insgesamt sechs IR-Ausbildungsarten im Irak und in Kurdistan-Irak wurden bis Oktober 2016 circa 32 000 irakische und kurdische Sicherheitskräfte trainiert, weitere 4000 befanden sich zu diesem Zeitpunkt in Ausbildung.

Die irakischen Sicherheitskräfte und nordirakischen Peshmerga erzielen signifikante Militärerfolge, wie die Rückeroberungen der irakischen Städte Tikrit, Bayji, Makhmur, Hit, Fallujah und die Säuberung des Euphratbeckens in Vorbereitung des Sturms auf Mossul belegen. Auch wenn diese Erfolge natürlich nicht nur auf den deutschen Beitrag zurückzuführen sind, tragen Ausbildung und Ausrüstung zweifellos dazu bei, den Kampfwert der ausgebildeten Kräfte zu steigern. Die offensiv ausgerichtete Ausbildung soll die Kräfte in die Lage versetzen, verlorengegangene Territorien zurückzuerobern. Kern der diesjährigen, jeweils zehnwöchigen Ausbildung sind Angriffs- und Gegenoperationen, die

durch Mörser, Scharfschützen und Panzerabwehrwaffen flankiert werden. Auch die Sanitätsausbildung und die Schulung im Umgang mit improvisierten Sprengmitteln ist von großem Wert in Mossul, wo der IS sich auch mit Sprengfallen und Verminungen verteidigt.

Militärische Vorgesetzte vom Zugführer bis zum Bataillonskommandeur werden in Befehlsgebung, Taktik und sinnvollem Ressourceneinsatz geschult. Insbesondere die Schulung der militärischen Führer ist unverzichtbar, da sie in Mossul in der Lage sein müssen, im Verbund mit anderen Einheiten komplexe und zentral koordinierte Operationen durchzuführen. Unmittelbar nach Ende der Trainings werden Kontingente der Kämpfer erstmalig oder zum wiederholten Mal an die Front gesendet.

Mit dem deutschen Entschluss Ende September 2016, Teile der Ausbildung von Erbil aus näher an die Front zu verlegen, wurde die deutsche Unterstützung noch stärker an den operativen Notwendigkeiten ausgerichtet.

Einsatzgeschwader »Counter Daesh«

Die Koalition hat mittlerweile (Stand 2. November 2016) knapp 16 000 Luftschläge gegen den IS ausgeführt. Rund 80 Prozent dieser Attacken wurden von US-Jets geflogen, die restlichen 20 Prozent verteilen sich auf zwölf weitere Koalitionsmitglieder. Im Zeitraum von Dezember 2015 bis zum 18. Oktober 2016 kamen die deutschen Tornados auf 579 Missionen, der deutsche Tanker auf 250 Flüge mit etwa 1200 Luftbetankungen. Diese Luftbetankungen sind eine wesentliche Voraussetzung, um Luftoperationen durchzuführen. Weniger als zehn der über sechzig Koalitionsmitglieder stellen diese Fähigkeit derzeit über dem Einsatzgebiet bereit.

Im Vergleich zu unbemannten Aufklärungsflugzeugen (Drohnen) zeichnet Tornados vor allem ihre hohe Fluggeschwindigkeit, die taktische Flexibilität des Piloten und die große Widerstandsfähigkeit der Flugzeuge über dem Einsatzgebiet aus. Zur

Selbstverteidigung verfügen die Tornados über sogenannte »Flares«, mit denen sich vom Boden abgeschossene Raketen ablenken lassen.

Inwieweit die Tornadomissionen einzelne Luftschläge vorbereiten, lässt sich nicht beantworten. Die deutschen Einsatzkräfte erhalten dazu keine Rückmeldung. Da die deutschen Missionen aber durch das Luftwaffenhauptquartier in Al Udeid (CAOC) beauftragt werden, weil ein entsprechender Bedarf besteht, ist davon auszugehen, dass sie einen operativen Mehrwert erzielen.

Militärische Operationen sind ohne Aufklärung, zu der Luftbilder einen wesentlichen Beitrag leisten, nicht durchführbar. Ein mehrstufiges Kontrollsystem stellt sicher, dass die aufgenommenen Bilder ausschließlich mandatskonform verwendet werden: von der Auftragsannahme durch das deutsche Geschwader über die Freigabe der aufgenommenen und bearbeiteten Bilder durch die deutsche Auswertezentrale in Incirlik bis hin zur »Red Card«-Berechtigung des deutschen »Senior National Representative« in Al Udeid, der die Aufklärungsergebnisse im Zweifel zurückhalten kann. Auf diese Weise lassen sich mit ihrer Hilfe zwar Luftschläge gegen den IS vorbereiten oder kann nachträglich ermittelt werden, ob derartige Luftschläge wirksam waren. Eine zweckfremde Nutzung, etwa um Aufschluss über die Stellungen kurdischer Milizen zu erlangen, ist aber auch unter den Bedingungen der zunehmenden Verzahnung von Kurdenkämpfern und IS auszuschließen.

Mandatsverlängerung und -erweiterung, 10. November 2016

Flugplatz Incirlik

Erst mit der Öffnung Incirliks und anderer Basen in Diyarbakır, Malatya und Batman ab März 2015 schloss sich die Türkei der Anti-IS-Allianz an. Ungeachtet dessen stand die Weiternutzung der Basis durch das deutsche Geschwader den ganzen Sommer 2016 über in Frage. Der Streit um die Armenienresolution des Bundestages, Besuchs-

verbote für den deutschen Verteidigungsausschuss im September 2016 und andere Vorfälle stellten den Einsatz von Incirlik aus zur Disposition. Als Alternativoption rückte eine Verlegung des Geschwaders nach Zypern oder Jordanien in den Planungshorizont. Erst Anfang Oktober 2016 konnte der Verteidigungsausschuss Incirlik ohne Hemmnisse besuchen.

Auch operativ war der Einsatz des deutschen Geschwaders im Juli 2016 zeitweise gestört. So verhängten die türkischen Autoritäten nach dem gescheiterten Militärcoup ein Flugverbot und schnitten den Flugplatz mehrere Tage lang von der Stromzufuhr ab.

Dabei gibt es zu Incirlik keine gleichwertige Alternative. Von dort aus operieren unter anderem auch die USA und Dänemark. Mit beiden Partnern erzielt das deutsche Kontingent wichtige Synergien. So stellen die USA unter anderem Treibstoff, Hallenplätze und die Rettungskette auf dem Platz zur Verfügung. Die Dänen koordinieren ihren Personen- und Materialtransport für den Einsatz in enger Anlehnung an die Deutschen. Die ebenfalls erkundeten Flugplätze in Jordanien und Zypern sind vom Einsatzraum weiter entfernt. Die Verlegung des Geschwaders wäre mit einem hohen logistischen und finanziellen Aufwand verbunden, der Beitrag des deutschen Kontingents würde einige Wochen ausfallen.

Deutsche Politiker haben im Herbst 2016 wiederholt deutlich gemacht, dass Incirlik zwar die erste Wahl, aber nicht alternativlos ist. Angesichts der sich weiter verschlechternden Menschenrechtslage in der Türkei ist es wichtig, dass Deutschland in diesem Punkt flexibel bleibt. Das Geschwader könnte beispielsweise in Jordaniens Hauptstadt Amman verlegt werden. Die operativen Nachteile müssten dann zugunsten der politischen Glaubwürdigkeit in den Hintergrund treten.

AWACS

Ohne Airborne Early Warning and Control Systems (AWACS) – Flugzeuge zur luftgestützten Überwachung – sind heutige

Luftkriegskampagnen wie gegen den IS in Syrien und im Irak nicht mehr denkbar. Der Luftraum über dem Einsatzgebiet Syrien-Irak wird schon seit Beginn der koalitierten Luftschläge durch US-amerikanische, britische (1) und französische (1) AWACS-Flugzeuge überwacht. Sie erfüllen dabei vier Aufgaben: Erstens lassen sich mit ihrer Hilfe die Luftbewegungen der eigenen Kampfflugzeuge koordinieren und bei Bedarf entflechten. Zweitens tragen sie wesentlich zur Generierung eines Luftlagebildes bei und können, drittens, als Kommunikationsknotenpunkte dienen. Viertens lassen sich mit Hilfe ihrer passiven Sensoren in ihrem Erfassungsbereich auch die Radarsignaturen von Luftfahrzeugen aufnehmen, die nicht zur Koalition gehören; diese Daten können dann einem bestimmten Flugzeugmuster zugeordnet werden. Diese zuletzt genannte Fähigkeit hat insofern eine hohe Relevanz, als sie einen Überblick darüber verschaffen kann, wie viele und was für syrische und russische Luftfahrzeuge sich wann und wo im Einsatzraum befinden. Dadurch lassen sich Rückschlüsse auf Beteiligungen an Kampfhandlungen und Operationsmuster ziehen.

Mit dem Antrag, deutsche Besatzungen in Nato-AWACS-Flugzeugen einzusetzen, folgt die Bundesregierung dem Kommuniké des Warschauer Nato-Gipfels vom Juli. Das in Geilenkirchen stationierte AWACS-Geschwader verfügt über 17 Einsatzflugzeuge. Deutschland stellt ein Drittel der Soldaten und trägt damit maßgeblich zur Einsatzbereitschaft der AWACS bei.

Im November 2015 hatten türkische Kräfte ein russisches Flugzeug im türkisch-syrischen Grenzgebiet abgeschossen. In der Folge starten seit Anfang 2016 AWACS-Flugzeuge der Allianz vom Nato-Flugplatz Konya in der Türkei, um den Luftraum in diesem Gebiet zu überwachen. Auch der neue AWACS-Einsatz sieht ausschließlich Flüge in Nato-Luftraum oder in internationalem Luftraum vor. Da die Maschinen aber zwischen 400 und 520 km Radius sensorisch abdecken können, sind sie trotzdem in der Lage, das gesamte IS-Gebiet zu erfassen,

bis tief hinein in die irakische Provinz Al-Anbar.

Das AWACS-Geschwader ist nicht nur ein operatives, sondern auch ein politisches Aushängeschild der Nato. Denn es ist eines der sehr wenigen Einsatzmittel, über das die Allianz unmittelbar verfügt, und nicht etwa einer der Mitgliedstaaten. Die Nutzung dieses Mittels entlastet in der Praxis jene Partner, die ihre bis dahin bereitgestellten nationalen AWACS zurückfahren können. Ihr Einsatz ist nicht zuletzt aber auch als politisches Signal zu verstehen, mit dem die Nato Syrien und Russland zu erkennen gibt, dass sie nun auch als Organisation die Bewegungen im Luftraum mitverfolgt.

Tornados

Für den Einsatz der deutschen Tornados ändert sich durch die Mandatserweiterung vom 10. November 2016 nichts.

Seitdem sich Deutschland am bewaffneten Einsatz beteiligt, wird die Frage aufgeworfen, ob die Bundeswehr bei den Operationen nur den ungefährlichen Part übernimmt und die Verantwortung für das Bombardieren vorzugsweise anderen Koalitionären überlässt. Dass Aufklärungsflüge ungefährlicher sind als bewaffnete Luft Einsätze, ist eine Fehlannahme. Richtig ist, dass die Gefährdung für die Luftfahrzeuge in einem Einsatzgebiet die gleiche bleibt – ob es sich nun um Kampfbomber oder um Aufklärungsflugzeuge handelt.

Die Bedrohung durch leicht zu bedienende und zu transportierende Luftabwehr-raketen, sogenannte MANPADS, wurde von Beginn der Mission an einkalkuliert. Am 23. September 2016 haben die Briten erstmals bekanntgegeben, dass einer ihrer Jets durch MANPADS beschossen wurde, dies aber ohne Erfolg. Die Koalition hat bislang noch kein einziges Flugzeug durch Feindeinwirkung verloren. Das Risiko, dass eigene Flugzeuge abgeschossen werden, ist folglich begrenzt und sehr gut kalkulierbar.

Schwieriger zu beantworten ist die Frage nach der ungleichen Verantwortung. Da

Aufklärungsflugzeuge keine Zerstörungen am Boden verursachen, muss Deutschland somit auch keine unmittelbare Verantwortung für die Folgen von Bombardierungen tragen. Klar ist aber, dass Aufklärungsflugzeuge auf das gleiche Ergebnis hinwirken wie Bomber.

Dabei mangelt es Deutschland nicht an der Fähigkeit, seine Tornados als Kampfbomber einzusetzen. Mit GPS- und Laser gelenkten Guided Bomb Units (GBUs) stehen der Luftwaffe geeignete Wirkmittel in unterschiedlicher Skalierung zur Verfügung.

Wenn aber das eigene Risiko, das militärisch angestrebte Ziel und die vorhandenen Fähigkeiten vergleichbar sind, ist es Partnern wie Großbritannien und Frankreich nur schwer zu vermitteln, warum der deutsche Beitrag in einem wesentlichen Punkt hinter ihrem eigenen Beitrag zurückbleibt. So haben etwa die Briten neben Drohnen und Unterstützungsflugzeugen derzeit 14 Kampfflugzeuge mit Luft-Boden-Befähigung im IR-Einsatz. Die Franzosen setzen alleine 24 Rafale von ihrem Flugzeugträger aus ein.

Politische Risiken

Irak

Die deutschen Ertüchtigungsmaßnahmen im Nordirak beruhen auf einer Einladung der irakischen Regierung und der Regierung der Region Kurdistan-Irak.

Der Aufbau von Fähigkeiten beider Partner steht unter dem hohen Anspruch, deren Selbstverantwortung zu stärken und einen dauerhaften Beitrag zu einem höheren Maß an Sicherheit und Stabilität in der Region zu leisten. Noch sind die irakischen Sicherheitskräfte, die kurdischen Peshmerga und die schiitischen »Volksmobilisierungsmilizen« durch ihren Kampf gegen den IS geeint und führen gemeinsam die Offensive gegen Mossul. Doch die Allianz der drei Gruppierungen ist brüchig. Die künftige Entwicklung des Iraks ist unklar, es fehlt ein politisches Konzept, das alle Beteiligten zusammenführt.

Nach der Einnahme Mossuls werden die Konflikte zwischen Erbil und Bagdad wieder deutlicher hervortreten. So befürchtet etwa Bagdad, die Peshmerga könnten von ihnen besetztes Terrain später als Faustpfand für mögliche Verhandlungen über die Unabhängigkeit Kurdistan-Iraks verwenden. Die Peshmerga wiederum fürchten, die schiitisch dominierte Regierung in Bagdad könnte die Offensive nutzen, um ihnen eroberte Gebiete wieder abzunehmen. Vor allem um die Städte Kirkuk und Tuz Khormatu gibt es Streit. Zahlreiche Anhänger des kurdischen Präsidenten Barzani hatten bereits nach der Übernahme der Ölregion um Kirkuk durch die Peshmerga im Sommer 2014 erwartet, dass die Unabhängigkeit Kurdistan-Iraks erklärt würde.

Unklar ist auch die Rolle der vom Iran unterstützten schiitischen »Volksmobilisierungsmilizen«, die derzeit an irakischer Seite gegen Mossul vorrücken. Obwohl diese Milizen gegen den IS kämpfen, schwächen sie die Autorität der ohnehin fragilen Regierung des Iraks weiter. Denn sie tragen ihren Teil dazu bei, dass Sicherheitsinteressen im Irak mehr und mehr durch Milizen verschiedener Volksgruppen vertreten werden statt durch Armee und Polizei.

Die schiitischen Milizen sind bei der mehrheitlich sunnitischen Bevölkerung des nördlichen und westlichen Iraks wegen ihrer Brutalität gefürchtet. Sie haben sowohl nach der Rückeroberung Tikrits im März 2015 als auch bei den Kämpfen um Falludscha im Juli 2016 Massaker an Sunniten verübt. Dass dies auch in Mossul geschieht, wollen IR-Allianz, Peshmerga und irakische Streitkräfte verhindern. Inwieweit sich die Ausschließung der schiitischen Milizen aber durchsetzen lässt, wenn Mossul gefallen ist, ist ebenso zweifelhaft wie die kurdische Versicherung, nach dem Fall Mossuls keine eigenen Truppen in der Stadt belassen zu wollen.

Die schiitische Dominanz ist beträchtlich, und dies nicht nur in der schiitisch-islamistischen Regierung. So hat der immer noch sehr einflussreiche ehemalige Ministerpräsident al-Maliki bis 2014 jahrelang

schiitische Interessen auf Kosten der Interessen anderer Konfessionen und Volksgruppen verfolgt. Dadurch haben sich die Gräben im Irak vertieft und der IS wurde für zahlreiche Sunniten zu einer Alternative. Auch Malikis Nachfolger Abadi hat große Mühe, die Korruption im Land einzudämmen und die ethnisch-konfessionellen Gräben zu überbrücken. Die irakischen Sunniten lehnen den IS mehrheitlich ab, fürchten die Regierung in Bagdad und die schiitischen Milizen aber nicht minder.

Das Risiko, dass künftig Konflikte zwischen nordirakischen Kurden, schiitischen Milizen und der Zentralregierung aufflammen, zeichnet sich heute schon ab. Derzeit lässt sich kaum absehen, ob diese nicht auch gewaltsam ausgetragen würden. Für die Bundesregierung ist diese Aussicht insofern unerfreulich, als die von ihr gelieferten Waffen und vor Ort trainierten Fähigkeiten systematisch in »Nach-IS-Konflikten« genutzt werden könnten, für die sie keineswegs bestimmt waren.

Dieses Risiko wiegt weit schwerer als die Sorge, deutsche Waffen könnten illegal gehandelt werden oder in die Hände der PKK fallen. Die Regierung Irakisch-Kurdistan weist derlei Vorwürfe zurück und wirkt ihnen mit Endverbleibserklärungen und Rechenschaftsberichten entgegen. Sie hat keinerlei Interesse an einer systematischen Unterstützung ihres Regionalkonkurrenten PKK, die zudem noch die Beziehungen zur Türkei belasten würde.

Das Dilemma jedoch, dass die militärischen Ertüchtigungsmaßnahmen innerirakischen Auseinandersetzungen dienen könnten, bleibt vorerst ungelöst.

Syrien

Durch die klare Limitierung des deutschen Mandats auf den Kampf gegen den IS bleibt Deutschland bei der Frage außen vor, wie die Koalition militärisch mit dem syrischen al-Qaida-Ableger Jabhat Fath ash-Sham (JFS) und ihm nahen Gruppen umgehen soll.

JFS, die vormalige al-Nusra-Front, hat sich im Juli 2016 zwar umbenannt, aber

nicht glaubhaft von al-Qaida losgesagt. In erbitterter Feindschaft gegenüber dem IS und gleichzeitig in dessen Schatten ist die heutige JFS zu einer der dominierenden Kräfte im bewaffneten Widerstand gegen Assad geworden. Mit der Umbenennung verfolgt die Gruppe das Ziel, mehr Unterstützung bei der syrischen Bevölkerung und anderen Rebellengruppen zu gewinnen und zugleich den militärischen Druck abzumildern, den die USA und Russland auf sie ausüben. Für die USA ist diese Maßnahme reine Kosmetik. Sie betrachten den al-Qaida-Ableger auch nach der Umbenennung als legitimes Ziel ihrer Luftschläge.

Die Verbindungen von JFS zu anderen Rebellengruppen sind komplex, vielen gilt sie als wichtiger operativer Partner im Kampf gegen Assad. So kämpft JFS nicht nur in Aleppo, sondern überall in Syrien Seite an Seite mit Ahrar-al-Sham und anderen islamistischen und salafistischen Gruppen und wahlweise auch mit Kräften der Freien Syrischen Armee gegen das Regime. Dabei stehen die al-Qaida-Jihadisten, in ähnlicher Schärfe wie der IS, unter dem Bann der Syrien-Resolutionen der VN. Das Ziel, Syrien in einen islamistischen Staat umzuwandeln, hat JFS auch nach der Umbenennung nicht aufgegeben.

Sollte die Gruppe weiter an Einfluss gewinnen, wird sich für die IR-Koalition mittelfristig die schwierige Frage stellen, wie sie weiter mit ihr umgehen soll. Sollte sie verstärkt zum Ziel koalierter Luftangriffe werden, hätte das deutsche Einsatzgeschwader dafür mit den Vorgaben des Mandats vom 10. November 2016 keinerlei militärischen Handlungsspielraum, nicht einmal für eine Beteiligung mit Aufklärungsflügen.

Fazit und Empfehlungen

Sowohl mit der Ertüchtigung der nordirakischen Peshmerga als auch mit der Vorbereitung von Luftschlägen gegen den IS weist Deutschland nach, dass es willens und in der Lage ist, militärische Instrumente im Rahmen von Ad-hoc-Koalitionen einzusetzen, und dies selbst mit knappem zeit-

lichem Vorlauf und unter akutem Handlungsdruck. Beide Einsatzbeteiligungen, die erkennbar über symbolpolitische Maßnahmen hinausgehen, sind relevant im Kampf gegen den IS und dienen deutschen Sicherheitsinteressen somit unmittelbar.

Gleichwohl muss angesichts der Lageentwicklungen in beiden Einsatzgebieten darüber nachgedacht werden, ob es notwendig sein könnte, kurzfristig das Mandat für Erbil und mittelfristig dasjenige für das Einsatzgeschwader anzupassen.

Ausbildung und Ausrüstung (Erbil)

Die im Irak verfolgte Strategie einer Kombination aus Luftschlägen der Allianz und vor Ort befähigten Sicherheitskräften zeitigt Erfolg. Gleichzeitig nähert sich die Lage im Irak einem neuralgischen Punkt.

Der Ausgang der Schlacht um Mossul und das Maß der Fähigkeit von kurdischer Regionalregierung, irakischer Zentralregierung und schiitischen Milizen, sich anschließend zu einigen, könnten zum Gradmesser und Schlüssel der künftigen Entwicklung des Iraks werden. Für die Bundesregierung bedeutet das:

- ▶ Bevor Anfang 2017 das deutsche Mandat für Erbil verlängert wird, müssen die tagesaktuellen Entwicklungen genau analysiert werden. Dabei wird abzuwägen sein, ob überhaupt und – wenn ja – wie lange und wie viel an militärischer Ertüchtigung noch geleistet werden muss, um das Ziel selbstverantwortlicher und gegen den IS erfolgreich gerüsteter Sicherheitskräfte zu erreichen.
- ▶ Eine mögliche Anpassung oder gar Beendigung der Unterstützung muss eng mit den zwölf anderen Ertüchtigungspartnern abgestimmt werden, um Ungleichgewichte zu vermeiden.
- ▶ Spätestens wenn sich nach der Rückeroberung Mossuls der endgültige Sieg über den IS im Irak abzeichnet, wird es darauf ankommen, kurdisch-zentral-irakische/sunnitisch-schiitische Dialoge über eine gemeinsame Zukunft zu fördern und mit zivilen Instrumenten voranzutreiben. Hierzu kann Militäertüch-

tigung keinen Beitrag mehr leisten. Deutschlands Co-Führungsverantwortung für die zivile Stabilisierung des Iraks wird dann entscheidend an Bedeutung gewinnen.

Einsatzgeschwader »Counter Daesh«

Das »Counter Daesh«-Mandat für die Tornados bleibt auf die Anti-IS-Aufklärung begrenzt. Damit konzentrieren sich die deutschen Flüge auf die einzige Gruppierung, die von allen Konfliktbeteiligten einmütig als Gegner angesehen wird. Angesichts der engen Verflechtung des al-Qaida-Ablegers JFS mit anderen, auch moderaten Oppositionellen in Syrien ist die derzeitige Fokussierung auf den IS durchaus sinnvoll.

Fragwürdig ist aber die Beschränkung auf Tank- und Aufklärungsflüge, da Deutschland auf diese Weise humanitäre und rechtliche Risiken auslagert, die abgesehen von den USA unter anderem von Frankreich, Großbritannien, Dänemark und Belgien getragen werden müssen.

- ▶ Sollte sich der Kampf gegen den IS in Syrien im Jahr 2017 hinziehen, wird die deutsche Politik entweder eine Antwort auf die Frage finden müssen, wie der Verzicht auf Kampfeinsätze zu rechtfertigen ist, oder sie wird diesen Verzicht überdenken müssen.
- ▶ Sollte der IS in Syrien aber kontinuierlich marginalisiert werden können, wird eine solche Entwicklung mit großer Wahrscheinlichkeit von einem Aufschwung der JFS und anderer nicht-moderater Oppositionsgruppen begleitet werden. Die Frage, wie auf einen solchen Aufschwung politisch und militärisch zu reagieren wäre, lässt das Mandat vom 10. November 2016 unbeantwortet. Eine Antwort wird dann neu zu suchen sein.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-200
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364